

## Beim BFI-Bereich wurde bereits gespart



URSULA SCHNEIDER SCHÜTTEL // NATIONALRÄTIN, MITGLIED DES POLITIKTEAMS FUTURE

Der Bundesrat sieht sich zu Sparmassnahmen gezwungen. Im Jahr 2024 plant er Kürzungen von 2 Prozent bei den schwach gebundenen Ausgaben, zu denen auch der BFI-Bereich zählt. Dabei scheint vergessen zu gehen, dass bei der Forschung und Innovation bereits massiv gespart werden konnte.

In den letzten zwei Jahren wurden bereits über eine Milliarde Franken nicht ausgegeben, die für die Forschungs- und Innovationsförderung vorgesehen waren. Aufgrund des Ausschlusses bei «Horizon Europe» entstanden im Jahr 2021 Kreditreste von 665 Millionen Franken; 2022 waren es rund 536 Millionen Franken. Diese Mittel sind Teil eines Verpflichtungskredits, den das Parlament zugunsten des Forschungs- und Innovationsstandorts Schweiz gesprochen hatte. *De facto* trugen diese nicht investierten Mittel zur Sanierung des Bundeshaushalts bei.

Die Nicht-Assoziierung an den EU-Programmen schadet dem Schweizer Wissensplatz nachhaltig. Die dadurch entstehenden Einbussen bezüglich Netzwerke und Reputation sollten auf nationaler Ebene abgedeckt werden. Die Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung verfügen über bewährte Instrumente, um die Wettbewerbsfähigkeit zu stützen. Auch die Attraktivität unserer Hochschulen ist am Erblassen und für den ETH-Bereich ist es schwierig, die Führungsrolle in zentralen Forschungsgebieten zu behalten. Die Landesregierung scheint sich dieser Lage nicht bewusst zu sein und plant ab 2024 zusätzliche Einsparungen.

Diese Kürzungen sind weder verhältnismässig noch zukunftsorientiert.

## S. 2

### SEKUNDÄRNUTZUNG VON DATEN

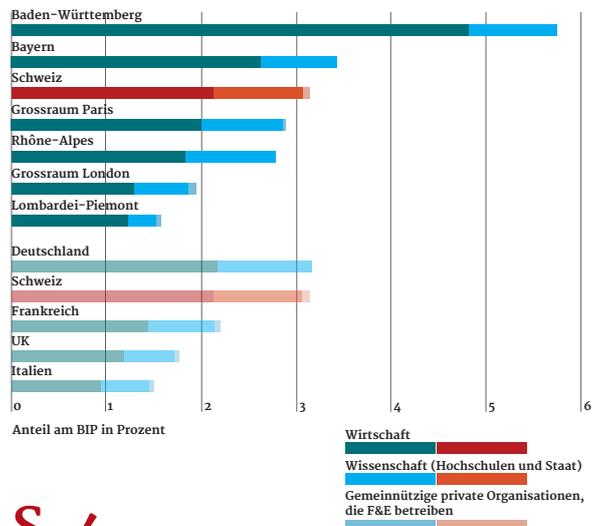
#### Ein Rahmengesetz für mehr Klarheit und Effizienz

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S) fordert ein Rahmengesetz, das die Sekundärnutzung von Daten regelt. Die kleine Kammer nahm die Motion im Winter 2022 in Übereinstimmung mit der Empfehlung des Bundesrates an. Am Mittwoch der zweiten Sessionswoche kommt das Geschäft in den Nationalrat.

## S. 3

### FACTS & FIGURES

#### Schweizer F&E-Intensität im internationalen Vergleich, 2019



## S. 4

### FACHKRÄFTEMANGEL

#### Erleichterte Zulassung für ausländische Fachkräfte umstritten

### LEHRPERSONENAUSBILDUNG

#### Zulassungsregeln für die PH auf dem Prüfstand

### BUNDESHAUSHALT

#### Horizon-Paket: Fragen zur Verwendung der Finanzmittel

### Impressum

Münstergasse 64/66, 3011 Bern / T +41 31 351 88 46  
info@netzwerk-future.ch, www.netzwerk-future.ch  
Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt. // © Netzwerk FUTURE 2022

## SEKUNDÄRNUTZUNG VON DATEN

## Ein Rahmengesetz für mehr Klarheit und Effizienz

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S) fordert ein Rahmengesetz, das die Sekundärnutzung von Daten regelt. Die kleine Kammer nahm die Motion im Winter 2022 in Übereinstimmung mit der Empfehlung des Bundesrates an. Am Mittwoch der zweiten Sessionswoche kommt das Geschäft in den Nationalrat. Seine Wissenschaftskommission empfiehlt den Vorstoss mit 14 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen zur Annahme. Die Wissenschaftsgemeinschaft unterstützt die Schaffung eines Rahmengesetzes, das mehr Klarheit und Effizienz im Umgang mit Daten verspricht.

Daten werden heutzutage ständig und überall gesammelt – sei es bei einer ärztlichen Untersuchung, im Kontakt mit einer Verwaltungsstelle, beim Zufahren oder im Rahmen von Studien zu Forschungszwecken. Erhebung und Nutzung erfolgen durch private, halb-staatliche und staatliche Akteure. Sie verwenden die gesammelten Daten für ihre Zwecke und erzielen damit Gewinne und neue Erkenntnisse. Nicht umsonst gelten Daten als Gold des 21. Jahrhunderts.

Den Umgang mit diesem Rohstoff gilt es deshalb möglichst rechtssicher und effizient zu gestalten. Dabei fällt insbesondere eine Problematik ins Gewicht: die lückenhafte Wiederverwendung dieser Daten. Die ständerätliche Wissenschaftskommission will die Zweitnutzung von Daten in einem Rahmengesetz regeln. Am Mittwoch der zweiten Sessionswoche beugt sich der Nationalrat als Zweitrat über eine entsprechende Motion. Seine Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur unterstützt den Vorstoss mit 14 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

### Aufbruch der Datensilos

Das Sammeln und Speichern von Daten verläuft grösstenteils im Rahmen von isolierten Strukturen – es wird deshalb von Datensilos gesprochen. Dabei wird oftmals zu wenig an die mögliche Wiederverwendung solcher Daten gedacht. So bleibt viel Potenzial der eigentlich erneuerbaren Ressource unge-

nutzt. Um den Wert der Daten auszuschöpfen, muss von Anfang an auf Interoperabilität geachtet werden und die Daten müssen entsprechend kuratiert, abgelegt und geteilt werden.

### Grosses Interesse der Forschung

Mit Blick auf Daten, die im Forschungsbereich erzeugt und genutzt werden, verfügt die Schweiz über eine Strategie «Open Research Data» (ORD), erarbeitet von swissuniversities, dem ETH-Bereich, dem Schweizerischen Nationalfonds und den Akademien der Wissenschaften. Der offene Zugang und die Wiederverwendbarkeit der Daten sind zentrale Bestandteile dieser ORD-Strategie. Aus der Forschungsperspektive sind allerdings auch Daten interessant, die nicht explizit zu Forschungszwecken erhoben wurden. Die Daten von sozialen Medien wären beispielsweise aufschlussreich für die Untersuchung, wie bestimmte Nachrichten die politische Meinungsbildung oder Polarisierung der öffentlichen Meinung beeinflussen. Oder die Verknüpfung von Gesundheitsdaten mit sozialwissenschaftlichen Umfragedaten könnte helfen, die Auswirkungen der Gesundheit auf die Einstellungen und das Verhalten der Menschen besser zu verstehen.

### Eine übergreifende Regelung fehlt

Insbesondere mit Blick auf personenbezogene Daten spielt die Einhaltung des Datenschutzes eine zentrale Rolle. Das heutige Datenschutzgesetz hält eine Zweckbindung für Personendaten fest. Da bei der Datenerhebung der Nutzen einer sektorübergreifenden Wiederverwendung meist noch nicht offensichtlich ist, braucht es eine besondere Regelung. Das Rahmengesetz soll die heutigen technologischen Möglichkeiten regeln und fördern, sodass rechtssichere und vertrauenswürdige Strukturen geschaffen werden können. Bundesrat und Ständerat sind sich einig, dass es eine sektorübergreifende Regelung braucht zur Förderung der Sekundärnutzung von Daten. Der Bundeskanzler erklärte in der Ständeratsdebatte, der Bundesrat werde bei Annahme der Motion prüfen, «welche Infrastrukturen und weiteren Rahmenbedingungen für den Betrieb von vertrauenswürdigen und interoperablen Datenräumen notwendig sind und durch wen solche Infrastrukturen betrieben werden müssen.»

## Abstimmungsempfehlung des Netzwerks FUTURE

Das Netzwerk FUTURE empfiehlt, die Motion 22.3890 «Rahmengesetz für die Sekundärnutzung von Daten» zu unterstützen. Die Wissenschaftsgemeinschaft anerkennt die Notwendigkeit für eine sektorübergreifende Regelung der Wiederverwendung von Daten und sieht darin Chancen für den Forschungsstandort Schweiz.

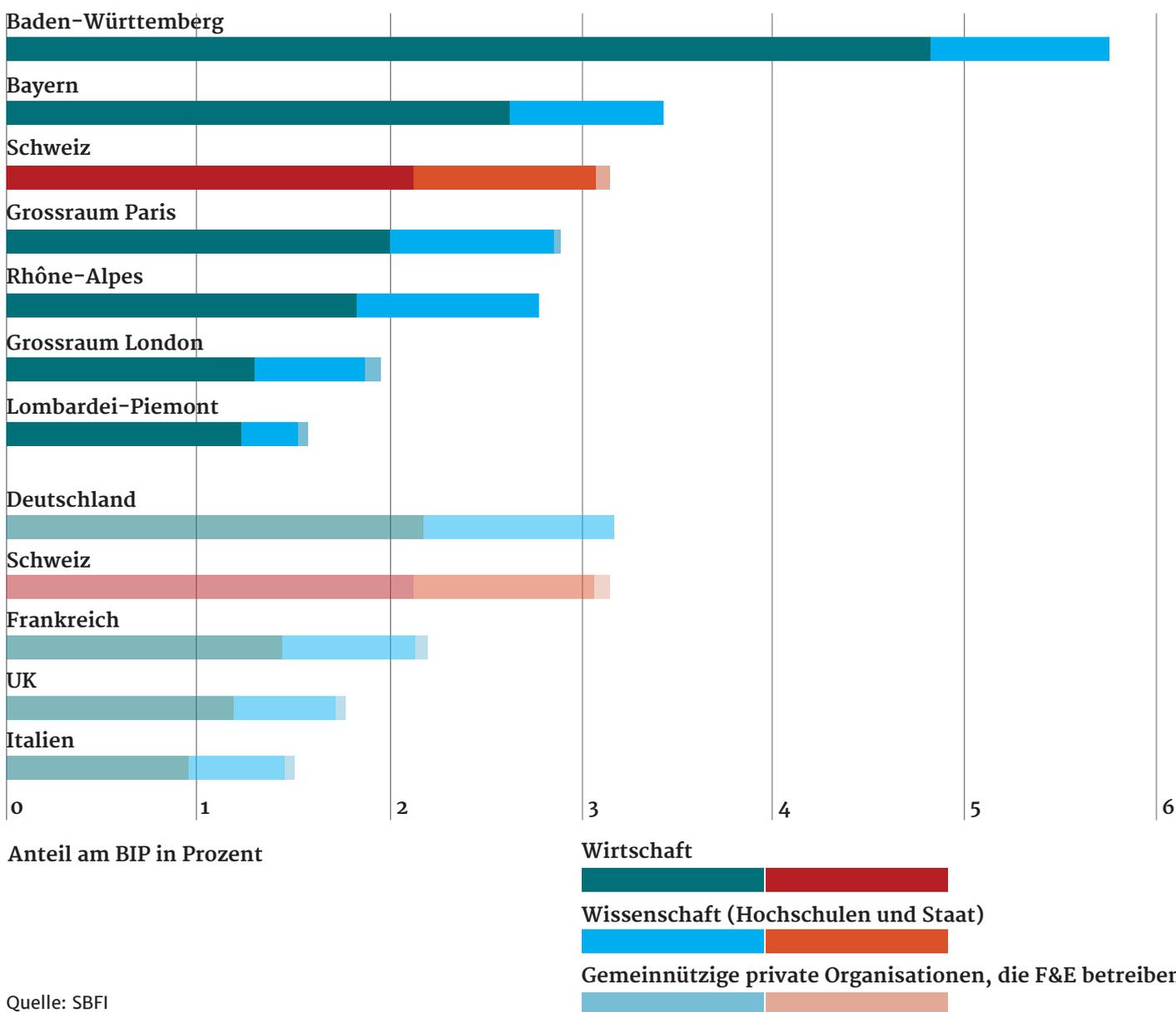
FACTS & FIGURES

# Die Schweizer Innovationsfähigkeit relativiert sich im Regionenvergleich

Die F&E-Intensität gibt das Verhältnis von Aufwendungen im Bereich Forschung und Entwicklung zum Bruttoinlandprodukt (BIP) eines Landes an und gilt somit als wesentliche Kennzahl für die Innovationsfähigkeit eines Staates oder einer Region. Der Bericht «Forschung und Innovation in der Schweiz» des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) zeigt, dass die Schweiz im Ländervergleich eine der höchsten F&E-Intensitäten aufweist. Der Anteil der gesamten Aufwendungen (öffentliche und private) im F&E-Bereich am BIP betrug 3,15% – nur Schweden (3,39%) und Deutschland (3,19%) lagen darüber. Ein Vergleich mit

innovationsorientierten Regionen ähnlicher Grösse relativiert dieses Bild. Die F&E-Intensität der Nachbarregion Baden-Württemberg war mit 5,76% fast doppelt so hoch und auch Bayern (3,43%) kommt vor der Schweiz zu liegen. Der Grossraum Paris (2,9%) und die Region Rhône-Alpes (2,77%) folgen ihr dicht auf. Die Unterschiede gehen insbesondere auf die F&E-Aufwendungen der Unternehmen in den Regionen zurück.

## Schweizer F&E-Intensität im internationalen Vergleich, 2019



## FACHKRÄFTEMANGEL

# Erleichterte Zulassung für ausländische Fachkräfte umstritten

Der Bundesrat will das Ausländer- und Integrationsgesetz dahingehend ändern, dass für ausländische Personen mit einem Schweizer Hochschulabschluss eine erleichterte Zulassung zum Schweizer Arbeitsmarkt eingeführt werden soll. Damit will er dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Der Nationalrat bekräftigte dieses Vorhaben in der Frühjahrssession 2023, weitete die Vorlage jedoch auf alle Bildungsabschlüsse der Tertiärstufe (Bachelor, Master, Doktorat, eidgenössische Fachausweise oder Diplome, Diplome HF) aus. Dieser Vorschlag stiess bei der ständerätlichen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-S) auf Anklang und sie beantragte im Rahmen eines Mitberichts an die Staatspolitische Kommission des Ständerats (SPK-S) dessen Annahme. Die SPK-S empfiehlt der kleinen Kammer nun jedoch mit 8 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung, nicht auf die Vorlage einzutreten. Aus ihrer Sicht besteht kein Handlungsbedarf, da die erforderlichen Bewilligungen im Rahmen der bestehenden Kontingente eingeholt werden könnten. Das Ausländer- und Integrationsgesetz ist am Montag der zweiten Sessionswoche im Ständerat traktandiert. Das Netzwerk FUTURE würde die erleichterte Zulassung für ausländische Fachkräfte mit einem Schweizer Tertiärabschluss grundsätzlich unterstützen.

## BUNDESHAUSHALT

# Horizon-Paket: Fragen zur Verwendung der Finanzmittel

Aufgrund der Nicht-Assoziierung der Schweiz am EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation «Horizon Europe» weist die Staatsrechnung für das Jahr 2022 Kreditreste von rund 536 Millionen Franken aus. Ursprünglich wurden diese Finanzmittel vom Parlament im Rahmen eines Verpflichtungskredits für die Beteiligung an «Horizon Europe» und den damit verbundenen Programmen gutgeheissen. Doch bereits im Jahr 2021 blieben 665 Millionen Franken in der Staatskasse zurück, die im Voranschlag für die Förderung von Forschung und Innovation budgetiert waren. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) forderte deshalb mittels einer Motion mehr Transparenz bezüglich der verwendeten und nicht verwendeten Finanzmittel des Horizon-Pakets. Die ständerätliche Schwesterkommission beantragt ihrem Rat jedoch mit 6 zu 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen, die Motion abzulehnen. Sie ist der Ansicht, dass es bereits jetzt möglich sei, die Verwendung der entsprechenden Mittel nachzuverfolgen. Der Ständerat behandelt das Geschäft in der zweiten Sessionswoche.

## LEHRPERSONENAUSBILDUNG

# Zulassungsregeln für die PH auf dem Prüfstand

Mittels einer Motion möchte die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) den prüfungsfreien Zugang von Absolventinnen und Absolventen einer Berufsmaturität (BM) zur Pädagogischen Hochschule (PH) einführen. Damit erhofft sie sich, den Lehrpersonenmangel auf der Primarschulstufe lindern zu können. Der Nationalrat nahm den Vorstoss im Frühling 2023 an und hiess gleichzeitig ein Kommissionspostulat gut, demgemäss der Bundesrat die Zulassungsregeln für die PH und deren Verbesserungen in Zusammenarbeit mit den Kantonen (EDK) prüfen muss. Die WBK des Ständerats will zuerst Kenntnis nehmen von diesem Bericht und empfiehlt die Motion ihrer Schwesterkommission daher mit 8 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung zur Ablehnung. Auch der Bundesrat beantragt die Ablehnung dieser Motion. Er erklärte sich jedoch stets bereit, die aufgeworfenen Fragen zusammen mit der EDK zu prüfen – denn die Lehrpersonenausbildung liegt in der Zuständigkeit der Kantone. Der Ständerat befindet am Mittwoch der zweiten Sessionswoche über das Anliegen.

## Abstimmungsempfehlung

**Das Netzwerk FUTURE empfiehlt die Motion zur Ablehnung, da mit einer nationalen Regelung das Grundprinzip der kantonalen Kompetenz für die Ausbildung an pädagogischen Hochschulen übersteuert würde. Die Überprüfung der Zulassungsregeln in Zusammenarbeit mit den Kantonen ist zielführender, um den je nach Kanton unterschiedlich ausgeprägten Lehrpersonenmangel zu bekämpfen.**

## IN KÜRZE

### Horizon-Fonds-Gesetz sistiert

Die Vernehmlassung zum Vorentwurf für ein Horizon-Fonds-Gesetz ist abgeschlossen. Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S) nahm die Ergebnisse an ihrer Sitzung Ende März zur Kenntnis und entschied, die weitere Beratung der Vorlage vorerst auszusetzen. Die Kommission will damit in Anbetracht der Entwicklung in der Europapolitik des Bundesrates ihren Willen für eine Assoziierung am EU-Rahmenprogramm «Horizon Europe» bekräftigen. In der gleichen Logik beschloss sie, die Motion für ein «Schweizer Programm für exzellente Forschung und Innovation» zu sistieren.